

ECONOMIC PARTNERSHIP AGREEMENTS

Mit der Brechstange

Marc Keup

Von wegen Armutsbekämpfung: Bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen setzt die Europäische Union zahlreiche Entwicklungsländer massiv unter Druck.

Die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen „Economic Partnership Agreements“ (EPA) unter der Federführung von Handelskommissar Peter Mandelson werden zusehends zu einem außenpolitischen Fiasko: von den Beziehungen zwischen 76 AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) und der Europäischen Union bleibt zum Jahresende voraussichtlich nur ein Trümmerhaufen zurück. Auch bei den übrigen Entwicklungs- und Schwellenländern wird die aggressive Art, mit der die EU-Kommission den Karren an die Wand gefahren hat, das Bild Europas auf Jahre hinaus prägen.

Dabei hätte alles ganz anders kommen können. Als die Vertreter der EU und der AKP-Staaten im Jahr 2000 in der Hauptstadt Benins zusammentrafen, stand vor allem eine Vision im Vordergrund: Eine neuartige strategische Partnerschaft zwischen dem Norden und dem Süden, die sowohl auf einer wirtschaftlichen als auch auf einer engen politischen Zusammenarbeit beruhen sollte. Mit dem so genannten Vertrag von Cotonou, der damals unterzeichnet wurde, wollte man die Weichen zu einer Erneuerung der über 30-jährigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und ihren ehemaligen Kolonien stellen.

Vorläufig ausgeklammert wurde auf dem damaligen Gipfel allerdings jener Aspekt, weshalb die EU-AKP-Partnerschaft ursprünglich eingegangen wurde und der ihr heute zum Verhängnis wird: die Handelsbeziehungen. Die bis dato geltenden Regeln waren zuvor als unvereinbar mit der WTO erklärt worden und so wurde im Vertrag von Cotonou Neuverhandlungen festgeschrieben. Diese hatten zum Ziel, bis zum 31. Dezember 2007 ein neues Handelsregime zu vereinbaren. Das neue Abkommen solle an die unterschiedlichen Bedürfnisse und Entwicklungsniveaus der AKP-Staaten angepasst werden und zur Bekämpfung der Armut beitragen.

Die Verhandlungen begannen im Sommer 2002. Das Konzept der EU-Kommission zielte darauf ab, die WTO-Kompatibilität durch die Errichtung von sechs regionalen Freihandelszonen zu erreichen, die sogenannten Economic Partnership Agreements. Im Gegensatz zum bisherigen Handelsregime würden sich die AKP-Staaten demnach zu einer Öffnung ihrer Märkte verpflichten müssen. Um das Vorhaben besser verkaufen zu können, hüllte die EU ihre Strategie in den Deckmantel der Armutsbekämpfung. Der Abbau der Hürden, die den EU-Exporten im Wege stehen, werde in den AKP-Staaten zu politischen und wirtschaftlichen Reformen führen, die eine Integration der schwachen Ökonomien in die internationale Wirtschaftsordnung und so eine Anhebung des Bruttoinlandsproduktes ermöglichen soll. Eine neo-

liberale Argumentationslinie, deren Gültigkeit man gerade zu dieser Zeit in Frage zu stellen begann.

Den AKP-Ländern hingegen missfiel die Vorstellung, ihre Schutzbarrieren gegenüber den EU-Exporten abzubauen und somit ein wichtiges politisches Instrument zur Regulierung ihrer Binnenwirtschaft aus der Hand zu geben. Dadurch setzten sie ihren Agrarsektor und ihre schwachen Industrien der europäischen Konkurrenz aus. Außerdem beziehen sie einen nicht unerheblichen Teil ihrer Staatseinnahmen aus den Einfuhrzöllen, welche bei Abschluss der EPAs weitgehend wegfielen. Ihre Verhandlungsführer pochten daher auf eine flexiblere Interpretation der WTO-Regeln und auf eine differenziertere Vorgehensweise.

Den AKP-Ländern missfiel die Vorstellung, ihre Schutzbarrieren gegenüber den EU-Exporten abzubauen. Doch die EU-Kommission war an einer Annäherung der Standpunkte nicht interessiert.

Die Wünsche der AKP-Vertreter wurden einfach vom Tisch gefegt.

Doch die EU-Kommission war an einer Annäherung der Standpunkte offensichtlich nicht interessiert. Die

Wünsche, Vorschläge und Anregungen der AKP-Vertreter wurden - mit oder ohne Begründung - einfach vom Tisch gefegt. Den Vertretern der Union ging es lediglich darum, die AKP-Vertreter von der Richtigkeit ihres eigenen Konzepts zu überzeugen. Gleichzeitig spaltete die regionale Ausrichtung des Projektes die AKP-Gruppe ab Oktober 2003 in mehrere Einheiten. Fortan wurde nicht mehr mit dem versammelten Block der 76 teilnehmenden Entwicklungsländer verhandelt, sondern mit sechs regionalen Büros, die mehr oder weniger losgelöst von den nationalen Regierungen in völlig untransparente Gespräche eintraten.

Die Ernennung Peter Mandelsons zum EU-Handelskommissar im Jahr 2004 brachte eine weitere Verschärfung der EU-Verhandlungstaktik. Neben einer Liberalisierung des Güterhandels, wurde nun auch verstärkt die parallele Öffnung des Dienstleistungssektors gefordert, zudem wurden weitgehende Investitionsabkommen und Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums in die EPAs integriert. Eine Agenda, die also weit über das hinausging, was zur Kompatibilität mit den WTO-Verträgen nötig gewesen wäre. Diese überforderte die AKP-Seite völlig und war mit entwicklungspolitischen Theorien nur mehr schwer in Einklang zu bringen.

Der partnerschaftliche Geist von Cotonou war nun endgültig einem Gesprächsklima gewichen, das an einen Guerillakrieg erinnerte: die AKP-Vertreter versuchten mit ihren bescheidenen Verhandlungskapazitäten der